

Nicht nur in den Städten und unter der Industriearbeiterschaft scheint die Bereitschaft von Teilen der Bevölkerung zur Anwendung von mehr oder weniger illegalen Protestformen gestiegen zu sein. Auch im landwirtschaftlichen Bereich kam es zu einigen gewalttätigen Zwischenfällen größeren Ausmaßes:

- In der Provinz Hunan verletzten im Mai 1988 aufgebrachte Bauern 17 Polizisten, als sie ein Gerichtsgebäude stürmten, um gegen ein angebliches Fehlurteil zu protestieren (The Straits Times, Singapur, 7.6.88).
- Einen ähnlichen Hintergrund hatte die völlige Zerstörung einer Polizeidienststelle in der Stadt Jiayi in der Provinz Guangdong (ebenda).
- Über 1.000 Bauern verwüsteten im August in der Kleinstadt Shouning in der Provinz Fujian ein Polizeirevier, weil Ordnungshüter eine traditionelle Prozession verhindern wollten, in deren Verlauf eine (wahrscheinlich daoistische) Gottheit in einen Tempel gebracht werden sollte (The Straits Times, 30.8.88).
- Am 24. November bekämpften sich in der Provinz Zhejiang 400 Bauern im Rahmen einer traditionellen Fehde zweier Familienclans - das Dorf des Sun-Clans gegen das Dorf des Huang-Clans - mit selbstgefertigten Gewehren und Kanonen. Dabei starb ein Bauer und 20 weitere wurden verletzt. (Yancheng Wanhao, Guangzhou, 28.11.88, nach SWB, 3.12.88)
- Die wahrscheinlich schwersten Auseinandersetzungen ereigneten sich am 21. Juni 1988 nur etwa 80 km südwestlich von Beijing, als rund 1.000 Bauern im Bezirk Fangshan gegen die Verschmutzung ihrer Gewässer durch eine nahegelegene petrochemische Fabrik protestierten. Bei dem Vorgehen der Polizei gegen die aufgebrachten Bauern sollen nach nichtoffiziellen Augenzeugenberichten drei Bauern getötet und mehrere Dutzend verletzt worden sein. Der Parteisekretär des zur provinzfürstlichen Stadt Beijing gehörenden Bezirks Fangshan, Wang Zuosheng, bestritt, daß es Tote, Verletzte oder Verhaftete gegeben habe. (AWSJ, 29.6.88; AW, 15.7.88, S. 23)

Schließlich kam es 1988 in Tibet und Xinjiang zu mehreren Auseinandersetzungen zwischen dort lebenden Angehörigen der nationalen Minderheiten und chinesischen Ordnungskräften. -sch-

Kultur

* (12)

Kulturminister Wang Meng fordert Schutz für die "Verbotene Stadt"

In einem Interview mit der *Guangming-Zeitung* äußerte sich Kulturminister Wang Meng besorgt über den langsamen, doch stetigen Verfall der "Verbotenen Stadt" in Beijing. Diese einzigartige Palastanlage, die in der Vergangenheit den 24 Kaisern der Ming- und Qing-Dynastie als Residenz diente, biete den Besuchern Gelegenheit, sich einen lebendigen Eindruck von der traditionellen chinesischen Geschichte und Kultur zu verschaffen. Wang Meng erinnerte daran, daß die "Verbotene Stadt" ein staatliches Museum und nicht irgendein beliebiger Ausflugsort sei.

Von Atmosphäre, so fuhr der Minister fort, sei heute dort nichts mehr zu spüren. Horden von Touristen - in den Sommermonaten zähle man an die 100.000 Besucher pro Tag - wanderten ziellos in den Anlagen umher. Da es an wirksamen Schutzmaßnahmen fehle, würden alte Bäume zerstört und unerwünschte Relikte beschädigt.

Wang Meng forderte, die Verwaltung der "Verbotenen Stadt" zu verbessern, und schlug folgenden Maßnahmenkatalog vor:

- Beschränkung der Besucherzahlen;
- Aufteilung des Palastkomplexes in einzelne Besichtigungszonen, für die jeweils gesondert Eintritt gezahlt werden müsse;
- Anhebung der Eintrittsgebühren und Verbesserung des Service;
- strenge Kontrolle der Anzahl zugelassener Souvenir-Stände, Buden mit Erfrischungsgetränken und sonstiger kommerzieller Verkäufer.

Diese Maßnahmen müßten im Detail noch diskutiert werden, doch seien rasche Schritte erforderlich, um die "Verbotene Stadt", Chinas berühmtestes Symbol kaiserlicher Prachtentfaltung, zu retten (GMRB, 5.12.88). -cre-

* (13)

Gesundheitsministerium erläßt Verhaltenskodex für medizinisches Personal

Einem Bericht der *Volkszeitung* zufolge hat das Gesundheitsministerium nach einjährigen Untersuchungen einen vorläufigen Verhaltenskodex für Ärzte und Pflegepersonal erlassen. Damit reagiere das Ministerium auf die in den letzten Jahren sich häufenden Klagen von Patienten über mangelhaften medizinischen Service.

Der Kodex definiert die Aufgaben der Mediziner, Krankenschwestern und Krankenpfleger wie folgt: Heilung der Kranken, Rettung der Sterbenden, Respektierung der menschlichen Würde und Rechte, Praktizierung sozialistischer Humanität. Weiter heißt es, daß alle Patienten gleich behandelt werden müßten, ungeachtet ihrer Nationalität, ihres Geschlechts, ihres Berufs, ihres Status und der Höhe ihres Einkommens. Die Ärzte und das Pflegepersonal sollten auf ihr Benehmen und ihre Sprache achten, den Patienten höflich begegnen, ihnen Mitgefühl und Interesse zeigen. Sie sollten die Gesetze beachten und nicht versuchen, aus ihrer Stellung persönliche Vorteile zu ziehen. Sie dürften nicht über die Privatangelegenheiten ihrer Patienten sprechen. Außerdem werden sie angehalten, sich stets um die Erweiterung ihres Wissens und ihrer Fähigkeiten zu bemühen.

Das Gesundheitsministerium forderte alle medizinischen Institutionen auf, für die Einhaltung dieser Regeln Sorge zu tragen. Das Verhalten eines jeden Angestellten sollte in den Akten festgehalten werden und über künftige Beförderungen und Gehaltserhöhungen entscheiden. Dies werde ganz entscheidend zur Verbesserung des medizinischen Service beitragen (RMRB, 27.12.88). -cre-

* (14)

Gewerkschaft fordert Gesetz zum Schutz der Lehrer

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Lehrer, Li Xingwan, machte auf die Zunahme von Überfällen auf Schulen aufmerksam. Im ganzen Land würden Lehrer mißhandelt, schwer verletzt, sogar getötet. So seien erst kürzlich in der Provinz Anhui "gesetzlose Elemente" in eine Grundschule eingebrochen und hätten den Direktor zu Tode ge-

prügelt. Li Xingwan forderte gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Schulen und Lehrer (GMRB, 28.12.88).

Tatsächlich häufen sich in letzter Zeit Meldungen über Angriffe gegen Lehrer und Schulen. Seit September 1987 soll es 948 solcher Fälle gegeben haben (XNA, 29.12.88) - ein Ausmaß, das an die Zeiten der Kulturrevolution erinnert. -cre-

*(15)

Erste Ausstellung von Aktgemälden in Beijing eröffnet

Am 22. Dezember 1988 wurde in der Nationalen Kunstgalerie in Beijing eine Ausstellung von Aktmalerei eröffnet. Ying Ruocheng, der stellvertretende Kulturminister, durchschnitt während der Eröffnungsfeier das Band zu den Ausstellungsräumen, enthielt sich aber eines Kommentars. Er forderte das Publikum auf, sich selbst ein Urteil zu bilden. Die 135 Ölgemälde wurden von 28 meist jüngeren Mitgliedern der Kunstakademie Beijing angefertigt (XNA, 23.12.88). Die Ausstellung stieß beim Publikum auf großes Interesse. Bis zu 11.000 Besucher wurden am Tag gezählt (SWB, 29.12.88).

Aktmalerei war zwar seit Gründung der Volksrepublik in den Lehrplänen der Kunstakademien enthalten (während der Kulturrevolution durften die Künstler allerdings nur nach bildlichen Vorlagen zeichnen), ausgestellt wurden solche Bilder jedoch nicht. Seit 1983 erst wurden vereinzelt Aktgemälde gezeigt. Daher ist diese Ausstellung eine kleine Sensation. Einige der Aktmodelle aber fühlten sich betrogen. Sie erklärten, man habe ihnen zugesichert, daß die Gemälde nicht in der Öffentlichkeit gezeigt werden. Jetzt wollten sich ihre Ehemänner scheiden lassen. Die Organisatoren hingegen werteten die Ausstellung als künstlerischen (und finanziellen) Erfolg. Wu Xiaochang, einer der Professoren der Kunstakademie, erklärte sogar: "Dies ist eine neue Bewegung, die die Befreiung des Körpers und den Geist des Individualismus in China feiert" (AW, 13.1.89). -cre-

*(16)

Erneute Zusammenstöße zwischen afrikanischen und chinesischen Studenten

Der schwelende Konflikt zwischen afrikanischen und chinesischen Studenten hat in den letzten Jahren mehrfach zu Zwischenfällen geführt (vgl. C.a.,

1979/7, Ü 15; 1986/8, Ü 2; 1987/4, Ü 6). Am Ende des Jahres kam es in Nanjing erneut zu einem Zusammenstoß, der rasch eskalierte.

Am 24. Dezember 1988 kamen zwei afrikanische Studenten, begleitet von zwei jungen chinesischen Frauen, zu einem Tanzabend in die Hehai-Universität in Nanjing. Der Pförtner forderte die Chinesinnen auf, sich auszuweisen. Ihre Begleiter lehnten das ab und verschafften sich gewaltsam Eintritt. Daraufhin kam es zu einer Schlägerei, bei der elf chinesische Universitätsangehörige und zwei afrikanische Studenten verletzt wurden. Noch in der Nacht zogen rund 3.000 chinesische Studenten zum Ausländerwohnheim und warfen Steine und Flaschen (FR, 28.12.88).

An den folgenden Tagen gingen Tausende von chinesischen Studenten auf die Straße und forderten die Bestrafung ihrer afrikanischen Kommilitonen. 135 Afrikaner hatten sich in den Bahnhof geflüchtet und wurden nach 24 Stunden von der Polizei in ein Gästehaus außerhalb der Stadt gebracht, wo sie fünf Tage lang festgehalten wurden. Einige von ihnen sollen von der Polizei mißhandelt worden seien (FEER, 12.1.89).

Afrikanische Diplomaten, die auf die Nachricht von den Krawallen hin nach Nanjing geeilt waren, rieten den afrikanischen Studenten, das Land nicht zu verlassen, damit die chinesische Regierung nicht ihr Gesicht verliere. Die meisten Studenten fürchteten sich aber, in die Stadt zurückzukehren. Sie zogen es vor, auch nach Aufhebung der Zwangsmaßnahme im Gästehaus zu bleiben, und erklärten, sie wollten in ihre Heimatländer zurückkehren. Am 29. Dezember nahm die Regierung zu den Zusammenstößen in Nanjing Stellung: Es handle sich um einen isolierten Vorfall; China vertrete eine Politik der Gleichberechtigung aller Nationalitäten in China und unterstütze den afrikanischen Kampf gegen Rassendiskriminierung und Apartheid (AW, 13.1.89).

Inzwischen kamen die Spannungen zwischen afrikanischen und chinesischen Studenten auch an den Universitäten anderer Städte - Hangzhou, Beijing und Wuhan - zum Ausbruch (FR, 4.1.89; FT, 5.1.89). Die chinesischen Behörden fürchten, wohl zu Recht, ein Ausbreiten der Unruhen. Zu gering ist die Bereitschaft der chinesischen wie

der afrikanischen Studenten, die Verhaltensweisen und kulturellen Eigenheiten der Gegenseite zu tolerieren. Und afrikanische Studenten hatten es immer schwer in China. Sie empfinden es geradezu als Strafe, in diesem Land einen Studienplatz zugewiesen zu bekommen, was angesichts der generellen Isolierung, unter der sie in weit höherem Maße als andere Ausländer zu leiden haben, verständlich ist. -cre-

Außenwirtschaft

*(17)

Tagungen der deutsch-chinesischen Arbeitsgruppen für Investitionen und Joint Ventures

Die Volksrepublik China ist stark daran interessiert, in Ost-China mit deutscher Unterstützung einen Industriepark zu errichten. Am Rande einer Sitzung der deutsch-chinesischen Arbeitsgruppe Investitionen hat eine Regierungskommission aus Beijing angeregt, daß sich die Bundesregierung an der Planung eines derartigen Vorhabens beteiligen solle.

Der Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft will nun im Bundeswirtschaftsministerium und im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sondieren, welche Chancen einem solchen Projekt eingeräumt und welche Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden können. Das erklärte Heinrich Weiss, Vorsitzender des Arbeitskreises China im Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft.

Einzelheiten über die Ausgestaltung des Industrieparks und dessen Finanzierung sind noch nicht erörtert worden. Das soll auf der Tagung der deutsch-chinesischen gemischten Wirtschaftskommission im Herbst 1989 in Beijing geschehen. Als möglicher Standort wurde die Industriestadt Qingdao in der Provinz Shandong genannt. In Qingdao ist die "gelbe Insel" als Erschließungsareal für ausländische Industrieansiedlungen seit längerem im Gespräch.

Die Arbeitsgruppe Joint Ventures traf sich zwischen den in regelmäßigem Zyklus stattfindenden Sitzungen der gemischten Kommission bereits zum